

# ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 20 15. OKTOBER 2015

*notizen zur politischen lage in polen vor den sejm-wahlen + aus besonderem anlass: noch immer wird verbreitet, helmut kohl habe nach dem fall der mauer schuldhaft gezögert mit der finalen völkerrechtlichen anerkennung der deutschen ostgrenze + nicht nur in diesem fall droht die gefahr, dass geschichtsfälschungen in medien, vorträge und schulbücher eingehen*

## **Mit Russland für Nahost-Frieden, doch gegen Putins Ukraine-Kurs** *Interview mit Elmar Brok, Vors. des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments*

**ContraSalon:** Am Tag der Deutschen Einheit brachte das ZDF von Ihnen nur den Satz "Wir müssen mit Putin zusammenarbeiten". Auch wenn wir vermuten, der Satz sei aus dem Kontext gerissen, fragen wir: Was bedeutet Zusammenarbeit bei so verschiedenen Putin-Aktivitäten wie Krim-Besetzung, Ostukraine-Krieg und jetzt Syrien-Intervention?

**ELMAR BROK :** Die EU steht jetzt vor großen Herausforderungen, vor allem in der Flüchtlingsfrage. Die Flüchtlingswelle hat ihren Ursprung im Nahen Osten, wo gleich mehrere Krisenherde die Menschen in Richtung Europa treiben. In dieser akuten Phase der humanitären Krise sollten wir uns viel mehr für politische Lösungen als für Fragen nach Schuldigen interessieren. Russland gehört ganz sicher ins Konzept solcher Lösungen. Denn Russland ist Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und spielt auch aus machtpolitischen Gründen in Nahost sowie wegen ganz eigener Interessen (Gefahr des Radikalismus in seinen muslimischen Republiken) eine wichtige Rolle in der gesamten Region. Kooperation in diesem Maßstab heißt jedoch nicht Aufweichen unserer Pro-Ukraine-Sanktionen. Man kann nicht eine völkerrechtswidrige Situation heilen und eine andere einfach hinnehmen; die EU ist nicht erpressbar.



Elmar BROK MdEP - Vors. AK Außenpolitik Bundes-CDU

**ContraSalon:** Erlauben Sie eine Rückblende: Michal Gorbatschow wollte zu Beginn der Deutschland-Verhandlungen nach dem Fall der Mauer, dass das DDR-Gebiet aus der NATO herausblieb, ja dass ein neutralisiertes Gesamtdeutschland sinnvoll sei. Doch dann erkannte er die wirtschaftliche Lage seiner Landes als so schlimm, dass westliche Hilfe erwogen wurde. Putin aber drehte dies jetzt zurück: Die Revision seiner Außenpolitik begann mit der Behauptung, der Westen habe 1990 versprochen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen. Wie muss eine Zwischenbilanz der Jahre seit 2013 aussehen?

**ELMAR BROK:** Eine Zusage, die NATO nicht zu erweitern, hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Vor allem nicht als Vereinbarung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Der 2+4 -Vertrag enthält keine solche Aussage. Es war aber klar, dass es keine permanente Stationierung von NATO-Truppen östlich der Elbe geben soll. In der NATO/Russland Vereinbarung von 1997 wurde dies bestätigt. Die NATO hat sich trotz der russischen Völkerrechtverletzungen daran gehalten.

**ContraSalon:** Das britische Institut für Strategische Studien hat im September gesagt, Russland habe in der 'abgeklemmten' Ostukraine mehr einsatzfähige Panzer als Deutschland, England und Frankreich zusammen, ferner mit den "Separatisten" zusammen 45.000 Kampffähige und auch Artillerie im Übermaß. Wie glaubwürdig ist Putin, der solche Potentiale leugnet, schon bei der Krim-Besetzung?

**ELMAR BROK:** Es wurde eindeutig bewiesen, dass Putin mit den Methoden des Hybrid-Krieges reguläre russische Truppen und russisches Material einschließlich schwerer Waffen in erheblichen Umfang sowohl auf der Krim als in der Ostukraine einsetzt.

**ContraSalon:** Sind Sie der Meinung, dass bei Gesprächen mit Putin, die der Entspannung dienen könnten, auch zur Sprache kommen muss, dass seine Regierung oder "ihm Nahestehende" systematisch Rechtsradikale in den meisten EU-Staaten lobt oder in einigen Fällen fördert?

**ELMAR BROK:** Mit Hilfe seiner rechts- und linksradikalen Freunde versucht Putin, die EU als Gegner zu schwächen und seine Gefolgsleute zu lancieren. Deren Aufgabe wird es sein, die EU zu

diskreditieren, zu demontieren und daran zu hindern, europäische Werte zu exportieren und zu expandieren. In Gesprächen muss ihm tatsächlich zum einen deutlich gemacht werden, dass ihm die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen radikalen Kräften in der EU langfristig nicht dienlich sein kann, da diese Parteien alle völlig unterschiedliche Kräfte darstellen oder Ziele verfolgen. Andererseits liegt es an den demokratischen Parteien in der EU, die Vorteile und positiven Seiten der EU unaufhörlich hervorzuheben und darauf hinzuweisen, dass rechtspopulistische Parteien keine Antworten auf die heutigen Probleme haben. Sie sind ja Kräfte der Verneinung und der Minderwertigkeitsgefühle.. Wenn den Bürgern das klar wird, werden die Rechtspopulisten bald an Rückhalt verlieren.

**ContraSalon:** Es gibt kuriose Ähnlichkeiten zwischen Palästinenser-Führung versus Israel einerseits - und Putin-Politik und EU andererseits: Palästinenser anerkennen den Staat Israel nicht! Der Kreml seinerseits will mit den EU-Ländern zusammenwirken, anerkennt aber nicht die neue Qualität der europäischen Integration als internationaler Akteur. Was will er mit dieser Taktik?

**ELMAR BROK:** Putin erkennt die Stärke der EU als Werte- und Rechtsgemeinschaft. Diese EU ist immer dann stark, wenn sie mit einer Stimme spricht.

Russland entwickelte seine Aggressionspolitik unter anderem im Deckmantel angeblich gefährdeter christlicher Werte: Der Westen, so tönt es, habe solche Werte verloren. Putin tut, als habe er ein Werte-Monopol. Von Toleranz, Freiheit, Menschenrechten und Minderheitenschutz, den anerkannten Grundwerten demokratischer Staaten, will er nichts wissen.

Er hat deshalb Angst davor, dass die Ukraine irgendwann dort stehen könnte, wo Polen heute längst steht. Er versucht auch, die Grundwerte der EU bei seiner eigenen Bevölkerung als schädliche "Verwestlichung" zu verkaufen.

Doch Demokratie bedeutet Begrenzung von Machtmissbrauch durch Mehrheiten. Demokratie bedeutet ebenso, dass jeder Einzelne ein Recht auf Meinungs- und Religionsfreiheit hat. Dies ist das bewährte Europa, an dem wir seit dem Sieg über Hitler und Stalin bauen!

## **Politische Lage in Polen vor der Sejm-Wahl am 25. Oktober**

Der New-York-UN-Auftritt des neuen Staatspräsidenten **Andrzej Duda** zeigte ihn als soliden Europäer und Nato-treu. // Etwa zur gleichen Zeit polnische Empörung über den Kreml-Botschafter in Warschau, der Polen Mitschuld am letzten Krieg gab. Zeitungen: *Botschafter vertrat stalinistische Sicht auf die Geschichte*. Botschafter konterte, er sei missverstanden worden. Div. Polen erinnerten daran, dass die "Kriegschuldlüge" schon bis in russische Schulen vorkomme. // PiS-Vize **Macierewicz** schmeichelt wahlkämpfend der poln. Armee, sie müsse stärker werden. Alle Waffen müssten in Polen hergestellt werden.

Div. Medien erinnern positiv an den polnisch-deutschen Bischofsbriefwechsel vor 25 Jahren. Polens Bischöfe sprachen die berühmte Formel "Wir vergeben und bitten um Vergebung." // Zahl der Ukrainer in Polen hat 400.000 erreicht. Noch sind sie meist Gastarbeiter. Polen hat auch Pläne zur Aufnahme ukrainischer politischer Flüchtlinge "für alle Fälle". PiS-Spitzenkandidatin **Beata Szydlo** wiederholt, Polen müsse regionale Solidarität auch gegen die anderen (westl.) EU-Mitglieder ausbauen, // Stimmung in der Armee: 70% Rekruten würden "für Polen auch sterben", 30% lehnen dies ab. // Am **20. 10.** werden acht Parteien und Wahlbündnisse im TV diskutieren. // Linke-Spitzenkandidatin **Barbara Nowacka** ventiliert mögliche Koalitionen mit der PO oder der (neoliberalen) NOWOCZESNA, will flexibel erscheinen.

Medien-Knall nach Wahlkampfreden des PiS-Vize **Antoni Macierewicz** in USA vor Auslandspolen. M. wärmte u.a. Märchen auf, Regierung habe Flugzeug-Absturz in Smolensk nicht klären wollen etc. **Gazeta Wyborcza kommentierte, mit diesen Reden habe "die PiS wieder ihr wahres Gesicht gezeigt."** // PiS-Wahlkampf zieht Konsequenzen: Jaroslaw Gowin wird als möglicher Verteidigungsminister genannt, nicht mehr A.M.

**Umfragen 9.10.2015:** PiS 35, PO 10, Linke 11, Nowoczesna 8, Kukiz 5, PSL 5 Prozent. Durch Firma Millward Brown. Im Auftrag TVN.

Nach TNS Polska zugleich: PiS 42, PO 27.7, Linke 8.8, Nowoczesna 8, Kukiz 6%.

Polska The Times: PiS 38,2, PO 25,8, Kukiz 9.2, Linke 8.6, Nowoczesna 6.5, PSL 5.3% //

Am 12.10. veröffentlicht die Boulevard-Zeitung "Fakt" eine angeblich von Jaroslaw Kaczynski **erdachte PiS-geführte Regierung: J.Brudzinski (Vize.Prem. und Innenminister), J. Gowin (Vize.Prem und Verteidigung), K. Ujadowski (z.Zt.MdEP) (Außenminister) Sejmpräsident: M. Blaszczak.**

PiS-Militärexperten verstärken Forderung an künftige Regierung, Nato mehr in Polen zu verankern und aktiv pro Ukraine, Georgien und Moldavien zu werden.

**Letzte Umfrage (13.10.)** des ziemlich verlässlichen Instituts TNS: NUR DREI PARTEIEN IM SEJM ::: = PiS 36 (- 2) PO 24 (+ 1), Kukiz 6 (- 5),

Linke, PSL und Nowoczesna bleiben alle bei 4%

Die Umfragen laufen auf eine mögliche Alleinregierung der PiS zu. In dieser Situation gab Vizepremier und **PSL-Chef Piechocinski** ein Interview mit der These, Polen sei nur durch eine Koalition PiS-PO-PSL zu retten. Er verwies auch auf Deutschlands starke EU-Rolle.

## Oder-Neiße-Gespenster

**substanzlos, ärgerlich, saudumm**

**Märchen, Helmut Kohl habe die Oder-Neiße-Grenze abgelehnt, werden neu verbreitet**

**A**ngesichts der Flüchtlingswelle und der zunehmenden Aggressivität Wladimir Putins erscheint es ziemlich überflüssig zu sein, noch einmal ein politisches Problem aus der Wendezeit vor einem Vierteljahrhundert zu behandeln, nämlich die damals anstehende *finale* völkerrechtliche Festlegung der deutschen Ostgrenze.

**Z**wei neue Fakten sprechen jetzt dagegen. Erstens wärmt die sonst solide Deutsch-Polnische Gesellschaft kurz vor ihrer Jahrestagung in Bonn das böse und substanzlose Märchen auf, Bundeskanzler Helmut Kohl habe 1989/90 "gezögert", die Ostgrenze öffentlich anzuerkennen. Wie schon so oft werden das Verb "zögern" oder das Substantiv "Zögern" so präsentiert, dass viele Bürger an eine damalige Absicht Kohls glaubten (und nun weiter glauben?!), die Grenze vollkommen in Frage zu stellen.



Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland  
Warschau

### PRESSEÜBERSICHT POLEN – 2. Oktober 2015

#### 2. Deutschland

##### Deutsche Einheit

Das polnische Außenministerium habe ehemals eingestufte Unterlagen zur deutschen Einheit veröffentlicht. Aus den verschiedenen Vermerken und Berichten der polnischen Vertretungen in Deutschland gehe hervor, dass die Mazowiecki-Regierung Kanzler Kohl nicht vertraut habe, insbesondere wegen dessen zögerlicher Haltung bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. DDR-Diplomaten hätten noch vor dem 9. November 1989 ihre polnischen Kollegen davor gewarnt, dass die Bundesrepublik zuerst die DDR übernehmen und dann Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherstellen wolle (GW).

Zweitens veröffentlichte soeben das polnische Außenministerium Akten aus der Wendezeit. Dies geschieht, wie international üblich, ohne begleitende Kommentierung. Wir drucken dazu oben eine Meldung der Deutschen Botschaft in Warschau:

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft (DPG) gibt das Magazin **DIALOG** heraus. Es erschien jetzt Nr.2/2015 mit zwei Beiträgen zur Ostgrenze auf sieben Druckseiten. DIALOG wird seit Jahren gut gemacht von seinem sympathischen Chefredakteur **Basil Kerski**. Freilich beklagen viele ostpolitisch aktive Christdemokraten, dass von ihnen kaum einmal Beiträge erbeten wurden. Auch die deutsch-polnische Kirchen-Kooperation kommt zu kurz. Dies liegt möglicherweise mit daran, dass die ganze DPG von Anfang an überwiegend von linken Kräften geprägt wurde, die bekanntlich früh für eine auch völkerrechtliche Anerkennung der Ostgrenze eintraten. Seit Jahren ist auch der Vorsitz der DPG in SPD-Hand. Ich und andere Unionsleute hatten, das betone ich, kaum ein Problem damit, es ging ja um deutsch-polnische Zusammenarbeit. Inzwischen nahm leider auch in der DPG grundlose Polemik gegen BK Kohl aufs Neue zu.

Auf Seite 42 ff. des neuen DIALOG schreibt der polen-erfahrene Journalist **Reinhold Vetter** "Sternstunde der Diplomatie" über Mauerfall und Wiedervereinigung. Schon im Untertitel heißt es unsinnig "**Polens Kampf um die Endgültigkeit seiner Westgrenze**", bei einem ständigen Kohl-Kritiker wie Vetter kein Wunder. In seiner **Geremek-Biografie** hat er schon die Unwahrheit verbreitet, EVP-Christdemokraten hätten die Wahl von Geremek zum Präsidenten des Europäischen Parlaments verhindert.

Polen hätte 1989/90 keinen Tag und keine Stunde für die Oder-Neiße-Grenze "kämpfen" müssen, wenn nicht sein erster demokratischer Premier, mein enger Freund Tadeusz Mazowiecki (per Du seit 1973), dem Kanzler in Sachen Grenze ständig misstraut hätte.

Doch dieses Misstrauen war grundlos. Schon lange vor 1989, intensiv seit 1971, erfuhr Mazowiecki den Standpunkt der CDU: Grenze wird voll respektiert, bleibt wo sie ist, völkerrechtliche Anerkennung kann erst erfolgen, wenn Deutsche und Polen frei gewählte und frei zustimmende Parlamente erreicht haben. Dass dies einen "unendlichen" zeitlichen Aufschub mit sich brachte, erkannten die CDU und ihr Kanzler zwar. Doch sie mussten in Übereinstimmung mit dem nach Willy Brandts "Warschauer Vertrag" (1971 pp) ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts handeln. Das Gericht hatte sich auf das Völkerrecht berufen.

Vor allem drei der CDU und der CSU angehörende Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken /ZdK, Albrecht Beckel, Bernhard Vogel und Hans Maier, versicherten Mazowiecki und einer Reihe wichtiger polnischer Oppositionspolitiker immer wieder, dass weder CDU-Chef Barzel noch später Kohl und Strauß die finale Anerkennung der Grenze ablehnen würden, sobald die völkerrechtliche Lage es erlaube. Auch werde das Karlsruhe-Urteil in keiner Weise gute Zusammenarbeit hindern.

Nach dem Warschauer Vertrag wurde ich Vorsitzender der Ostkommission des ZdK, meine Stellvertreter waren Herbert Czaja (BDV) und Reinhold Lehmann (Pax Christi), mein Nachfolger war Genschers Staatsminister Alois Mertes. In meinem Gremium hat kein einziges Mitglied jemals die Endgültigkeit der Ostgrenze bezweifelt, auch kein einziger Vertriebener. Dies erfuhren von mir immer wieder die Kollegen der Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny" in Krakau und später Walesa mitsamt seinen Leuten. Und ALLE wussten, dass katholische Welt und CDU/CSU in diesem Fall völlig übereinstimmten.

**Nun zu Kohl ganz persönlich:**

1. Kohl ging immer von der Endgültigkeit der Ostgrenze aus, sprach aber außerhalb der Union nicht darüber. Ich habe dies sei 1966 aus nächster Nähe erlebt. In 1966 hatten wir eine Große Koalition mit der SPD begonnen. Als ich als Büroleiter des CDU-Generalsekretärs Dr. Bruno Heck im Dezember 1966 einen Briefentwurf (Brief bestimmt für Dr. Czaja) mit Beschwörung von *Heimatrecht* vorlegte, schrieb Heck mit seiner grünen Tinte an den



**Tadeusz Mazowiecki**

Rand: "Dies ist nicht mehr unsere Politik". Ohne Rücksprache formulierte ich den Brief neu.

2. Kohl wurde erst offen aktiv, als er als Ministerpräsident und sein Kollege Albrecht in Hannover die Linie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützten, sich zum Warschauer Vertrag der Stimme zu enthalten, damit dieser "durchging". Ohne die CDU-geführten Bundesländer hätten Brandt/Scheel ihren Vertrag nicht realisieren können!

3. Außerdem wurde und blieb bekannt, dass sich Kohl gegen die Verurteilung von MdBs wie Blüm oder Lamers wendete, die sich nicht enthielten, sondern dem Vertrag ausdrücklich zustimmten.

4. Als Kohl eine Zeit lang Kanzler war, empfing er in Bonn eine Gruppe polnischer Journalisten, alle KP-Mitglieder mit Ausnahme von einem Mann der katholischen "PAX". Kohl sagte den Kollegen: "Natürlich bleibt die Oder-Neiße-Linie unsere Ostgrenze. Wenn Sie aber hier rausgehen und das schreiben, werde ich alles dementieren." Der Text des Karlsruher Urteils wurde dazu verteilt. Willy Brandt erfuhr von dem Vorgang.

5. Der polnische Auslandsnachrichtendienst hat nach Beginn der Kanzlerschaft Helmut Kohls zweimal berichtet, dass Kohl die Grenze ("längst") für endgültig halte. Da er ganz im Gegensatz zu manchen CDU-Größen wie Leisler-Kiep fest von der Wiedervereinigung überzeugt sei, habe er auch kein Problem damit, dass dann die Grenze eines Tages "abgehakt" werde. Eine meiner Quellen dazu: Politbüromitglied Dr. Jozef Oleksy vor und nach der Wende.

Man fragte sich schon damals, ob Mazowiecki Probleme damit habe, den CDU-Kanzler so zu sehen wie oben von mir beschrieben. Inzwischen musste ich mit vielen Freunden einsehen, dass allein Mazowieckis Misstrauen für viele Verzögerungen in den Verträgen über Deutschland verantwortlich war, gewiss zusammen mit anderen Skeptikern. Denn ich will einfach nicht glauben, dass er die o.e. Stasi-Dokumente ernst nahm.

In der ganzen Sache werde ich Prof. Dr. hc. Horst Teltschik um ein paar Zeilen bitten. Dieser engste außenpolitische Berater wurde von Kohl nach dem Fall der Mauer eigens zu Mazowiecki nach Warschau geschickt mit dem Auftrag, die klare Position des Kanzlers in Sachen Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Kohl hatte zu diesem Zeitpunkt keine Meinung über Mazowiecki. Er kannte das enge Verhältnis zwischen prominenten Katholiken aus der CDU und Mazowiecki sowie der polnischen Opposition.



**Prof. Bartoszewski + Helmut Kohl**

Als Kohl später Prof. Wladyslaw Bartoszewski kennen lernte, erfuhr er von diesem offener als von allen anderen, dass Mazowiecki 1990 Kohl nicht getraut habe, z.B. bestärkt durch dessen alte und enge Beziehungen zur Linken in Paris. Kohl wiederum wurde aus Paris umgehend über Mazowieckis "Anfragen" und Vorstöße informiert. Er ärgerte sich sehr.

Der negative Prozess endete nicht. Bei einem späteren Gespräch in Wien antwortete Mazowiecki auf Kohls Bitten um Beitritt der polnischen "Freiheits-Union" zur EVP: "Ich bin Christ und Demokrat, aber kein Christdemokrat". Kohls Enttäuschung war komplett. Egon Klepsch und ich haben dann weiter versucht, Mazowiecki zu gewinnen, und tatsächlich gingen dessen Leute am Ende zur EVP.

Eine tiefe Freundschaft entwickelte sich zwischen Kohl und Bartoszewski, mit dem ich schon seit 1972 an einem Strick zog.. Viermal hintereinander machten Kohl, Bartoszewski und deren Frauen bei Gmunden benachbart Sommerurlaub. Heute wissen wir deshalb zu schätzen, wer uns in Polen in Sachen Oder-Neiße vertraute und wer nicht.

Das Üble der Texte in DIALOG ist noch ein anderes: Nicht nur Willy Brandt, auch andere SPD-Politiker, Journalisten und Schriftsteller wussten und wissen, was Kohl dachte, wollte und intern sagte - und sie schwiegen und lassen das Märchen zu. Warum schweigen so viele noch immer?

Einer wie Vetter könnte ja ebenfalls wissen, was ich darlege, er hätte genug Quellen. Doch in DIALOG sagt er unwahr, Mazowiecki habe **Grund** zum Misstrauen gehabt und seine Politik DANACH AUSGERICHTET. Er fügt auch das alte Hauptmärchen zu, Kohl habe zur Grenze aus *wahltaktischen Gründen* (wegen der Vertriebenen) geschwiegen. Den gleichen Unsinn trägt in Dialog Kohl-Gegner Markus Meckel bei, der bis zur Wende als Pastor in der DDR lebte und null Ahnung von CDU und Kohl-Interna hatte. Konnte er nichts dafür, aber heute?

Vor der Bundestagswahl 90, auf die sich das Duo Vetter & Meckel bezieht, gab es auch noch seit 1989 mehrere Landtagswahlen. In allen Landes-Wahlkämpfen wurde Kohl nach der deutschen Zukunft und nach der Grenze gefragt. Seine Antwort war immer die gleiche: "Jeder auf der Welt weiß, dass wir akzeptieren, dass die Polen in sicheren Grenzen leben wollen." Näher am Völkerrecht ging es verbal wahrhaftig nicht.

Es ist deshalb nicht nur unverschämt sondern mega-dumm, Helmut Kohl, der sich nicht mehr wehren kann, wörtlich zu beschuldigen, er habe Polen die Solidarität verweigert (Meckel), dem Mann, der die Volksbewegung Solidarność auf allen Ebenen unterstützte und Lech Walesa als Helden feierte. Was auch Nobert Blüm tat, der für die CDU zu Walesa reiste.

Ziemlich viele treiben Geschichtsfälschung. 1990 gab es auch die Lüge, Kohl habe auf Druck Mitterrands die DM geopfert, den Euro akzeptiert. Schon "immer" gab es das Märchen, Adenauer habe nach dem Mauerbau eine Berlinreise gescheut. Dumm ohne Ende.

PS. In meinem Buch "Von Mazowiecki zu Tusk" habe ich etliches zur sog. "Grenzfrage" erwähnt. Z.B. dass unsere Freunde aus den EVP-Parteien, wenn sie nach Warschau fahren, häufig nach *Oder-Neiße* oder nach der Bedeutung der Vertriebenenverbände gefragt wurden. Immer antworteten alle klar: Die Deutschen anerkennen alles sofort, wenn Polen und Deutsche frei wählen können.

Ich füge etwas hinzu, das mir schwer fällt. Herbert Czaja, der jahrelang in Sachen Polen vernünftig handelte und sich eher um die deutsche Minderheit als um die Grenze sorgte, wurde in höherem Alter rückfällig. Kohl mußte deshalb damit rechnen, dass Czaja oder ein anderer "nach Karlsruhe rennt und sich eine Verfügung gegen mich besorgt - vor dem Abschluß des Grenzvertrags, den ich will". Auch dies ist kühle Wahrheit und nicht angebliche "Rücksicht auf Wahlen". Auch Vetter könnte von dieser damals tagelang erörterten Klage-Gefahr wissen. Warum verschweigt er diesen so wichtigen Aspekt der Übergangsgeschichte?

P.S. Zu Meckels billigem DIALOG-Interview contra Kohl fällt mir freilich nichts ein.

=====

**Geschrieben und redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG**  
Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)  
**Deine / Ihre (meist jährliche) Spende deckt meine Kosten**  
**Bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805**  
**oder: BIC GENODED1WVI IBAN DE15 3706 9805 0101 4030 17**